

Verena Fabris

Let's make a Commons World. Abschlussdiskussion der 9. Armutskonferenz

Bei der Abschlussdiskussion der neunten Armutskonferenz „Was allen gehört. Armut bekämpfen durch Gemeingüter und Kooperation“ im Oktober 2012 diskutierten der Sozialwissenschaftler Alban Knecht, die Sozialwissenschaftlerin und Commons-Aktivistin Brigitte Kratzwald, der Politologe Ulrich Brand und die Inklusionsforscherin Michaela Moser von der Armutskonferenz über den Beitrag der Commons zur Armutsbekämpfung, Formen der Partizipation, Arbeit, Zeit, Spuren von Commons im Vorhandenen und wie wir unser Leben so gestalten können, dass es gut für alle ist. Die Fragen stellte Verena Fabris von der Armutskonferenz und Sozialexpertin der Volkshilfe.

Brigitte Kratzwald, du sagst, Commons sind nicht die Lösung, sondern ein Perspektivenwechsel. Wie kann der Perspektivenwechsel in der Armutsbekämpfung ausschauen?

Brigitte Kratzwald: Was haben Commons mit Armutsbekämpfung zu tun? Haben sie vielleicht eher etwas mit Armutsvermeidung zu tun? Als Erstes fällt

natürlich der Slogan ins Auge: „Wohlstand durch Teilen“. Teilen heißt nicht, die Reichen geben den Armen etwas, denn das wäre Wohltätigkeit, sondern Teilen heißt, Dinge gemeinsam zu nutzen. Es gibt sehr viele Dinge, die wir nicht jeden Tag brauchen. Wenn jeder diese zu Hause herumliegen hat, braucht man viel Platz, viele Ressourcen für die Erzeugung, viel Geld, um sie zu kaufen. Wenn man sie gemeinsam verwenden kann, braucht jede_r weniger Geld, es werden weniger Ressourcen verbraucht und trotzdem sind alle reicher, weil alle mehr Dinge zur Verfügung haben. Das ist ein Zugang, der auch sehr stark von Menschen verfolgt wird, denen es um Ressourcenschonung geht, um eine Reduktion des Wirtschaftswachstums, um eine zukunftsfähige Wirtschaft. Auf der anderen Seite sind das auch die Dinge, die in Krisensituationen als Erstes entstehen. Wenn wir nach Griechenland, Irland, Portugal schauen, passieren unter anderem sehr viele solcher Dinge. Solange das auf dieser Ebene bleibt, sind Commons natürlich immer auch Notlösungen und werden auch als solche empfunden.

Wenn wir die Wurzel der Idee der Commons betrachten – was haben diese in der Geschichte bedeutet? Es war immer so, dass die Commons die Existenzsicherung für die Armen waren, für die unterste Schicht der Bevölkerung. 1215 wurden in der Magna Charta in England die Rechte auf Nutzung der Commons für die Menschen, die kein eigenes Land hatten, festgeschrieben. Alles Land war im Besitz des Königs oder der Adligen, diese mussten aber den Menschen den Zugang gewähren, um Lebensmittel anzubauen, ihr Vieh weiden zu lassen, Holz aus dem Wald zu holen etc. Das Recht auf Commons hat sozusagen die Unabhängigkeit der Menschen gesichert, ihre Existenz zumindest, damit sie überhaupt die Freiheitsrechte und Bürger_innenrechte in Anspruch nehmen konnten. Das Spannende ist, dass nicht der Staat oder der König Rechte gewährt, sondern die Rechte auf Commons zuvor da waren und die Rechte des Staates und des Königs einschränken. Es gibt also ein Recht auf Zugang zu den Mitteln, die wir brauchen, um unsere Grundbedürfnisse zu erfüllen; diesen Zugang darf der Staat nicht einschränken. Das gab den Menschen, auch wenn sie kein eigenes Eigentum hatten, auch wenn sie sozusagen an unterster Stelle der Gesellschaft standen, ein gewisses Maß an Autonomie und Macht.

Wie wir dieses Konzept weiterentwickeln können, müssen wir natürlich neu überlegen. Ich war vor Kurzem bei einer Konferenz, wo der Vizebürgermeister

von Neapel, Alberto Lucarelli, ein Plädoyer für die Commons gehalten hat. Er hat gemeint, wenn Regierungen die öffentliche Infrastruktur oder öffentliche Güter verkaufen, dann wäre das ein Missbrauch des Eigentumsrechtes und es brauche einen eigenen Rechtsstatus für solche Dinge, die im heutigen Sinne Commons wären: dass diese vom Staat zwar verwaltet werden können, aber unveräußerlich sind. Und es braucht Wege und Instrumente und Mechanismen, dass alle Bürger_innen mitbestimmen können, wie diese Dinge verwaltet werden sollen.

Das geht außerdem ganz stark in die Richtung, wie Partizipation verbessert werden kann. Es müsste wirklich um Selbstverwaltung gehen, das heißt, es müssten auch von unten nach oben Entscheidungen getroffen werden.

Commons dienen nicht so sehr zur Umverteilung oder Armutsbekämpfung, sondern es geht eigentlich darum, schon so zu produzieren, dass es gar nicht erst passiert, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Und natürlich so zu produzieren, dass die Ressourcen nicht übernutzt werden, aber auch nicht durch Unternutzung verschwinden, dass alle Betroffenen gleichberechtigt mitbestimmen können und die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten einzubringen und die unterschiedlichen Bedürfnissen wahrzunehmen. Zusammen mit einer Einschränkung des Privateigentumes im Sinne der gemeinsamen Nutzung ermöglicht das dann, von diesem Knappheitsgefühl in ein Bewusstsein der Fülle zu kommen. Aus dieser Sicht würde ich Armut vor allem als eine Armut an Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sehen, als eine Armut an Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten zu entfalten.

Wir leben in einer Welt, in der Armut immer größer wird. Michaela Moser, was können Commons aus deiner Sicht zur Armutsbekämpfung beitragen?

Michaela Moser: Wir gehen davon aus, dass es „drei plus eins“ zentrale Elemente gibt, um Armut zu bekämpfen. Zum einen Einkommenssicherung, ein Mindesteinkommen auf adäquatem Niveau, das ein würdiges Leben und einen angemessenen Lebensstil sichert, entweder durch Einkommen aus Erwerbsarbeit oder aus Sozialleistungen für Menschen, die sich nicht am Erwerbsarbeitsmarkt beteiligen können oder von diesem ausgeschlossen werden. Ein zweiter Punkt ist die soziale Infrastruktur: Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, also gute, qualitätsvolle Angebote, dazu gehören auch Beratungs- und Unter-

stützungsangebote. Als dritter Punkt ist die Frage der Beteiligung an Arbeit zu nennen, nicht nur an Erwerbsarbeit – damit verbunden ist gleichzeitig auch die Frage nach erweiterten Arbeitsbegriffen und wie bezahlte und unbezahlte Arbeit verteilt werden kann, es geht also um die Qualität von Arbeit, Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit. Das „plus eins“ ist die Frage von Partizipation, Teilhabe, Selbstorganisation.

Ich sehe aus der Beschäftigung mit den Commons eine zweifache Verknüpfung. Auf der einen Seite können Commons helfen, genau diese Bereiche anders zu gestalten, eben auch im Sinne der Selbstverwaltung. Auf der anderen Seite ist zentral, wie sie geregelt werden, ob ich mich überhaupt am Commoning beteiligen kann. Ich brauche ein gewisses Einkommen, eine gewisse Bildung in dem Sinn, gelernt zu haben, wie ich Sachen ausverhandle, eine reduzierte Form der Erwerbsarbeitszeitverpflichtung. Wenn ich unter prekären Bedingungen drei verschiedene Jobs machen muss, bleibt nicht mehr sehr viel Zeit, um mich in Commons-Projekten zu engagieren. Das geht Hand in Hand und man muss wahrscheinlich an beiden Fäden ziehen, um die Dinge anders zu gestalten. Das führt genau zu dem Punkt zwischen einer langfristigeren Dimension, wo es darum geht, die Dinge wirklich ganz anders zu denken, aus der Fülle zu schöpfen, ganz neue Modelle, wie unser Leben organisiert, wie auch die Wirtschaft organisiert sein kann, nicht nur zu denken, sondern auch umzusetzen zu beginnen, und dieser Notwendigkeit, ganz unmittelbar etwas zu tun, weil es eben unmittelbare Notsituationen gibt, Bedürfnisse gibt, wo es nicht möglich ist, ja wo es sogar zynisch wäre zu sagen, wir entwickeln da jetzt eine ganz andere Ökonomie und die wird dafür sorgen, dass ihr alle mit den entsprechenden Nahrungsmitteln versorgt werdet. Ich glaube, in dem Spannungsverhältnis stecken wir. Eine Grund dafür, uns mit der Commons-Perspektive zu beschäftigen, war, dass wir ein Potenzial gesehen haben in der Frage: Kann sich etwas Gutes im Schlechten entwickeln? Und wenn ja, auf welche Weise?

Diese beiden Perspektiven schlagen sich auch nieder in Fragen rund um Commoning und Verteilungskämpfe sowie Commoning und Soziale Arbeit und werfen ganz viele Fragen für soziale Organisationen selbst auf. Inwiefern sind eigentlich unsere eigenen Organisationen Commons und was heißt diese Commons-Perspektive auch in Bezug darauf, wie wir Unterstützungsangebote organisieren, was heißt das für die Stärkung der Selbstorganisationen?

Alban Knecht, du hast dich sehr viel mit Gesundheitssystemen beschäftigt, und es gibt auch Beispiele, wie Gesundheitsvorsorge anders organisiert sein kann, nämlich partizipativer oder mehr nach den Commons-Prinzipien.

Alban Knecht: Als Erstes möchte ich einmal darauf hinweisen, dass unsere Demokratie eigentlich bereits eine Commons-Lösung ist, in dem Sinne, dass sich Menschen zusammen tun, um ihre Dinge gemeinsam zu regeln. Das hat dann eine Bedeutung, wenn die Frage aufgeworfen wird: Wie viel Staat wollen wir neben den Commons haben oder als Commons? Im Gesundheitssystem kann man sich Commons-Lösungen jenseits des Wohlfahrtsstaats vorstellen, also Gesundheitsgenossenschaften, bei denen sich die Nutzer_innen, also die Kranken und Gesunden, die versichert werden wollen, mit den Ärzt_innen zusammenschließen und dann gemeinsam an der Gesundheit der Beteiligten arbeiten. Das wäre eine Lösung, die auch jenseits des Staates als Selbstorganisation funktionieren kann. Die Frage ist, ob so etwas tatsächlich ein Fortschritt wäre, denn eigentlich können wir froh sein, gesetzliche Ansprüche zu haben und wenn wir krank sind nicht mit anderen Leuten aushandeln zu müssen, ob unsere Krankheit jetzt ernst genug ist, um eine Behandlung zu bekommen. Eine Alternative zu einem gemeinschaftlichen Gesundheitswesen jenseits des Staates wäre, dass man im bestehenden Gesundheitswesen, das eigentlich allen gehört und das formal bis zu einem gewissen Grade vom Staat unabhängig ist, die Idee der Selbstorganisation und Selbstverwaltung stärkt. Dazu müsste man dann aber die Nutzer_innen ganz neu einbinden, man bräuchte also ein Gesundheitssystem, in der tatsächlich die Versicherten selber wählen, wer ihre Krankenkasse wie verwaltet. Eine kleine Lösung wäre eine Art Aufsichtsrat der Betroffenen, eine große Lösung wäre ein Gesundheitsparlament. Man könnte sich vorstellen, dass so die Leute ganz neu eingebunden werden in die Krankenkasse und dann auch das Gefühl bekommen „Ja, das ist meine Krankenkasse“, und dass sie ein neues Gefühl dafür bekommen, wie sie das nutzen wollen. Dazu würde auch gehören, dass die Nutzer_innen sich der Gemeinschaft verpflichtet fühlen, dass es also ein Gefühl von gemeinschaftlicher Sicherung im Sinne von „Ja, das ist unsere Krankenkasse“ gibt. Man könnte sich außerdem vorstellen, dass die Leistungserstellung, Ärzt_innen, Krankenhäuser usw. in diese Genossenschaften miteingebunden sind, sodass man dann bei der Leistungserstellung nicht die ganze Zeit Institutionen in Anspruch nehmen muss, die Gewinne

erarbeiten müssen, sondern dass die Krankenhäuser in der Hand von Krankenkassen sind, also im Prinzip im Besitz der Versicherten. Das wäre eine Idee zur Weiterentwicklung unseres Krankenkassen-Systems, das eigentlich sowieso den Anspruch der Selbstverwaltung hat, in eine Richtung, von der man dann sagen könnte, jetzt fühlen wir das als Commons-Lösung, in der die Partizipation viel stärker ist. Das ist eine utopische Vision, auf die man hinarbeiten kann.

Bei den Commons geht es ja darum, dass die, die etwas nutzen, das auch gemeinsam gestalten können sollen. Ulrich Brand, eine Frage, die sich stellt: Was ist dann die Rolle des Staates? Was ist überhaupt der Staat und kann man nicht den Staat eigentlich auch als ein Commons begreifen, als etwas, das wir gemeinsam gestalten?

Ulrich Brand: Commons ist eine Perspektivenverschiebung mit einem utopischen Element: Was können wir anders machen? Auch heute produzieren wir gemeinsam die Dinge zum Leben: Mobilität, Ernährung, Wohnen, Kleidung. Aber über dieses Gemeinsame legt sich eine kapitalistische Logik, also, dass der Zweck des gemeinsamen Handelns, dass die Entscheidungsgewalt dessen, wie wir ins Verhältnis zueinander gesetzt werden, sehr stark über die Investitionsentscheidungen und Gewinnabsichten von Unternehmen und konkret bei uns sehr stark über Erwerbsarbeit läuft. Wenn sich die Sache nicht lohnt, dann wird nicht investiert und es werden keine Erwerbsarbeitsplätze geschaffen. Wenn wir über Commons nachdenken, dann müssen wir auch darüber nachdenken, was eigentlich heute wesentlich unser Handeln antreibt. Das sind, wie gesagt, sehr stark Profitinteressen und das ist problematisch, weil das Ausschluss, Ungleichheit, mitunter Armut erzeugt und den meisten Menschen einen eher geringen Handlungskorridor erlaubt. Wenn wir über Commons und Armut und Ungleichheit sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, wie wir kapitalistische Imperative, die in der Gesellschaft viele Handlungen motivieren und Probleme erzeugen, ein Stück weit zurückdrängen. Wir müssen auch die machtvollen Kerne der Gesellschaft in den Blick nehmen, die sind nun einmal sehr stark mit der kapitalistischen Privatproduktion verbunden. Sozialpolitik ist der Versuch, mit dem Kollateralschaden, mit den negativen Implikationen der Armutserzeugung umzugehen, aber der Kern der Armutserzeugung, der Kern der Ungleichheit, der Naturzerstörung wird nicht infrage gestellt – nämlich kapitalistische

Dynamiken. Das wäre mir wichtig für diese Diskussion: Gemeinwohlökonomie und Commons dürfen sich nicht nur als Nische vorstellen, sondern wir müssen auch fragen: Wie wird Mobilität anders produziert, wie kommen wir weg von Auto-Mobilität, wenn wir das als Problem sehen, und wie schaffen wir eine gemeinschaftliche Produktion – nicht mehr unter kapitalistischen Imperativen – von Mobilität, von Energie, von Lebensmitteln etc.? Mein Ansatzpunkt wäre daher, eine breitere Perspektive einzunehmen und damit das Bestehende, die kapitalistische Dynamik, die Ungleichheit und Armut erzeugt, zu hinterfragen.

Der zweite Gedanke betrifft das Verhältnis von Commons und Staat. Ich sehe eine Gefahr, dass angenommen wird: Hier gibt es den Markt, das Kapital und Erwerbsarbeit auf der einen Seite und hier gibt es den Staat, öffentliche Politiken auf der anderen. Und wir machen etwas Drittes und drängen die Herrschaftlichkeit des Staats und des kapitalistischen Marktes ein Stück weit zurück. Ich bin der Letzte, der leugnet, dass der Staat herrschaftlich, patriarchal, imperial, ausgrenzend ist. So wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung organisiert ist, ist sie hochgradig hierarchisch organisiert, weil eben wenige in den Spitzenpositionen sind und darüber entscheiden, was produziert wird, und die anderen „dürfen“ ihre Arbeitskraft verkaufen und wenn sie nicht gut genug sind, fliegen sie raus. Wenn wir aber den Staat per se ablehnen und sagen, jetzt machen wir Commons als dritte Alternative, dann laufen wir Gefahr, einen Fehler linker Staatskritik zu wiederholen, nämlich Neoliberalismus von unten zu betreiben – zu meinen, wir sind bereits alle stark genug, wir müssen nur wollen, dann können wir Kapital und Staat zurückdrängen – und genau die sozialstaatlichen Errungenschaften zu übergehen und nicht in der Ambivalenz zu sehen. Dass Sozialstaatlichkeit wiederum Ausschluss produziert, dass sie paternalistisch ist, dass sie natürlich an einer kapitalistischen Ökonomie hängt und dass, wenn gekürzt wird, eher in sozialstaatlichen Bereichen gekürzt wird und nicht bei der Banken-Rettung, das will ich alles nicht negieren. Aber wir sollten die Kämpfe um Sozialstaatlichkeit, die Kämpfe um Umverteilung und auch um eine andere Wirtschaftspolitik nicht ohne Not aufgeben. Und diese Gefahr sehe ich bei einer Commons-Debatte, wenn sie nur sagt: „Staat und Markt sind Teil der anderen Seite und wir schaffen jetzt Nischen für Alternativen.“ Ich halte die Nischen für wichtig, die Experimentierfelder, aber ich würde das Terrain des Staates nicht aufgeben. Meine Annahme dabei ist, dass der Staat eben nicht ein neutraler Regulierer ist, er ist aber auch nicht nur das Instrument des Kapitals,

sondern der Staat ist selber ein Feld von Kämpfen. Und es ist die Erfahrung vieler Menschen, dass wir so etwas wie Wohlfahrtsstaatlichkeit hatten und bis heute haben, die in der Kreisky-Ära aufgebaut wurde, die – ich wiederhole noch einmal – ausschließlich ist, die paternalistisch ist, die patriarchal ist, die klassenförmig ist, aber die ihnen trotzdem eine Form der materiellen Teilhabe bot. Sie gab ihnen das Gefühl, dass sie Lebenschancen auch deshalb bekommen, weil es so etwas wie sozialstaatliche Politiken oder Bildungspolitik gibt. Der Aufbau von Sozialstaatlichkeit in den 1970er-Jahren hing mit starken Gewerkschaften zusammen. Der aktuelle Druck auf Sozialstaatlichkeit hängt umgekehrt mit neoliberaler Globalisierung und mit starken Kapitalkräften zusammen. Wenn wir eine inklusivere, gerechtere Gesellschaft wollen, müssen wir die Kräfte wieder stärken, die auf Inklusion, auf Repräsentation von schwächeren Bevölkerungsgruppen und von Armen setzen. Die politische Konsequenz aus dieser Überlegung ist aber, nicht nur Sozialpolitik zu betreiben und vom Staat zu fordern, stärkere Umverteilung zu betreiben, sondern auch die gesellschaftlichen Kontexte und Kräfteverhältnisse zu verändern, die dazu führen, dass der Staat unter Druck gerät, dass die Sozialpolitiken heute durch das Nadelöhr der Wettbewerbspolitik, durch das Nadelöhr der Bankensicherung müssen und erst, wenn die Banken gesichert sind, Sozialpolitik betrieben wird. Wir haben sozusagen eine kapitalistische Grammatik und die müssen wir ebenfalls ändern, und zwar in den Kernen von Markt und Staat.

Die dritte Perspektive in Anlehnung an das „drei plus eins“ ist, dass ich glaube, man sollte „drei plus eins plus eins“ machen. Damit meine ich, dass wir die ökologischen Bedingungen, die Umweltkrise gerade aus einer Armuts- und Ungleichheitsperspektive thematisieren müssen, also die ökologischen Fragen zu sozialökologischen Fragen machen und die Fragen von Energiearmut, von schlechten Lebensmitteln in unsere Debatten um Armut und Ungleichheit integrieren sollten. Sozialökologische Fragen als Fragen der Ungleichheit werden wichtiger, wenn die Energiepreise steigen, wenn die Lebensmittel, weil sie billig sind, schlechter werden und vieles andere. „Drei plus eins plus eins“ wäre, die ökologische Frage von unten als sozialökologische Frage, als Frage von Armut und Ungleichheit zu thematisieren und damit auch als Frage der gesellschaftlichen Veränderung und nicht als Frage, wie retten wir den Planeten – Letzteres ist nämlich viel zu abstrakt, macht die Leute passiv und entkoppelt soziale Fragen von ökologischen.

Brigitte Kratzwald, wie stellst du dir vor, das aus den kleinen Nischen ein großes Ganzes werden kann, in dem wirklich alle teilhaben können und nicht nur diejenigen, die das Glück haben, in einem kleinen Commons-Projekt dabei zu sein?

Brigitte Kratzwald: Wir betonen auch immer, dass jenseits von Markt und Staat nicht heißt ohne Markt und Staat, sondern dass wir die Ausgangsfrage anders stellen. Wir fragen, was sind unsere Bedürfnisse, was brauchen wir, welche Ressourcen haben wir hier vor Ort, welche Fähigkeiten haben wir und wie können wir damit unsere Bedürfnisse bestmöglich erfüllen. Und dann fragen wir, welche Rolle wollen wir dem Staat dabei geben, welche Rolle kann der Markt übernehmen. Da geht es darum, dass der Staat viele unterschiedliche Rollen einnehmen kann. Er kann Finanzier sein, er kann Treuhänder sein, er kann Dinge verwalten, aber eben im Auftrag der Bürger_innen. Da gibt es im Moment ein paar sehr interessante Ideen in Deutschland, in Berlin und in Potsdam, unter dem Namen „Gemeingut in Bürger_innenhand“, wo es darum geht, die Stadt soll Strom und Wasserversorgung übernehmen, aber es wird ein Gesetz erarbeitet, wie die Menschen mitbestimmen können, wie Energieversorgung organisiert werden soll. Da wird die Frage der Arbeit relevant, weil ein Problem ist, dass gesagt wird, wir müssen das alle parallel zu unserer Lohnarbeit aufbauen und das ist so wahnsinnig anstrengend und das kostet so viel Zeit und es ist so schwierig, diese ganzen Auseinandersetzungen und Verhandlungen und Konflikte. Da sage ich immer, eigentlich ist es auch ziemlich anstrengend und schwierig, den Kapitalismus jeden Tag wieder zu reproduzieren. Es ist für die Menschen schwierig, die 60 Stunden in der Woche arbeiten und für die Menschen, die gar keine Erwerbsarbeit haben, trotzdem viel zu tun haben, um ihr Leben überhaupt zu meistern, und dann noch irgendwelche seltsamen Qualifikationskurse machen müssen. Das liegt einfach auch daran, dass wir unsere Strukturen derzeit so gebaut haben, dass sie das kapitalistische System optimal unterstützen. Wenn wir aber Strukturen und Institutionen hätten, die das Commoning, die die Kooperation, die die Kommunikation, die die Konfliktlösung optimal unterstützen würden, dann wäre das nicht schwieriger, sondern sogar leichter.

Kernfragen sind: Wie kann es funktionieren? Wie können wir Institutionen gestalten, die Kooperation leicht machen? Und: Wie gehen wir dabei miteinander

der um? Welche neuen Kommunikationsformen, welche neuen Formen der Demokratie, der Partizipation der Mitbestimmung brauchen wir? Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozess, der sehr viel Veränderung im gesamten Denken verlangt.

Alban Knecht, du hast in deinem letzten Statement die Vision eines partizipativen Gesundheitssystems vorgestellt. Kennst du auch Beispiele, wo das funktioniert, wo das Gesundheitssystem anders organisiert ist?

Alban Knecht: Solche Genossenschaften existieren in Brasilien und in Japan. Es gibt auch in Deutschland erste Ansätze in diese Richtung – allerdings keine, bei denen die Anbieter_innen tatsächlich beteiligt sind. Das Interessante an dieser Idee ist, dass sich die Machtverhältnisse sehr stark ändern würden. In unserem Gesundheitssystem könnte man ein Viertel aller Kosten sparen, wenn man die Prävention stärker in den Vordergrund stellen würde. Wieso passiert es nicht? Weil Ärzt_innen-Interessen, die Interessen der Pharmaindustrie, Politiker_innen-Interessen viel stärker in diese Entscheidungsprozesse einfließen als gesund ist. Das könnte sich in dem Augenblick ändern, in dem man die Krankenversicherung in die Hände der Nutzer_innen selber gibt, dann wäre ein viel größeres Interesse da, sich um Gesundheit zu kümmern. Man würde sich viel stärker an den tatsächlichen Bedarfen orientieren und witzigerweise könnte man, indem man die Prävention stärker in den Vordergrund rückt und versucht, Empowerment-Prozesse anzustoßen, wahrscheinlich viel mehr Geld einsparen als mit den Sparmaßnahmen, die heute vorgeschlagen werden. In japanischen oder schwedischen Betrieben gibt es Gesundheitszirkel, in denen sich Leute zusammentun und überlegen: Was können wir in unserem Betrieb tun, um mehr auf unsere Gesundheit zu achten?

Michaela Moser, in der Armutsbekämpfung ist Erwerbsarbeit ein wichtiger Faktor. Welche Möglichkeiten gäbe es, diese anders zu verteilen?

Michaela Moser: Der Faktor Arbeit in der Armutsbekämpfung ist ein äußerst umkämpftes Terrain. Als Armutskonferenz kritisieren wir sehr stark diesen ganz allgemeinen Satz, dass Arbeit am besten vor Armut schützt, weil er empirisch sehr schnell widerlegt ist, da sehr viele Erwerbsarbeitsverhältnisse keinen Schutz

vor Armut bieten, ganz abgesehen davon, dass sehr viele Menschen, vor allem Frauen, andere Arten von Arbeiten verrichten, die überhaupt nicht vor Armut schützen, ganz im Gegenteil. Insofern denke ich, diese ganze Frage sollte sich eigentlich nicht um die Erwerbsarbeit drehen, sondern um das „Ganze der Arbeit“, wie Adelheid Biesecker das nennt. Ich glaube schon, dass die Frage, wie wir Arbeit verteilen und gestalten, eine ganz zentrale ist und sie ist immer auch mit dem Einkommen verknüpft. Deshalb finde ich es wichtig, die Dinge gemeinsam zu diskutieren, die Verteilung verschiedener Arbeiten, bezahlter und unbezahlter, aber auch Arbeiten, die verschiedene Sphären betreffen, also Hausarbeit oder Sorgetätigkeiten im engeren Umfeld bis hin zu gesellschaftlicher Arbeit, immer mit verschiedenem Einkommensstrukturen zu verbinden.

Ein Thema, das für mich noch aufgetaucht ist, ist die Frage, wo es Spuren von diesen Commons-Prinzipien schon gibt im Vorhandenen. Über Twitter sind wir darauf hingewiesen worden, dass es einen Nutzer_innen-Aufsichtsrat in den Krankenkassen gibt. Aber das ist natürlich nicht die Form von Partizipation, wie sie sich viele von uns vorstellen würden. Es gibt Commons-Prinzipien im Ansatz oder von der Idee her, aber sie funktionieren nicht oder nicht mehr so, wie es vielleicht heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und unseren Vorstellungen von Beteiligung entspricht. Diese Spuren nicht zu übersehen und dort auch einzuhaken, finde ich wichtig.

Bei der ökologischen Frage bin ich inhaltlich ganz bei Uli Brand und wahrscheinlich ist es auch wichtig, das mit einem zusätzlichen „plus eins“ ganz explizit sichtbar zu machen. Wenn wir über die Dienstleistungen, die Güter sprechen, über Ernährung, über Energiefragen usw., dann ist das irgendwie mit dabei. Aber „mit dabei“ heißt dann auch oft, es wird doch vergessen.

Es gibt Projekte, an denen sich die Armutskonferenz beteiligt, wo vieles auch schon in Schritten verwirklicht wird. Ein sehr gutes Projekt oder eigentlich mehr als ein Projekt, eine Allianz, ist die Allianz „Wege aus der Krise“ mit ihrem zivilgesellschaftlichen Budget, wo eigentlich fast alle dieser Punkte noch einmal vorkommen anhand von Vorschlägen zum Staatsbudget, wo es auch darum geht, die Ökonomisierung hereinzunehmen, wo es darum geht – das spiegelt sich vielleicht noch nicht in dem Ausmaß wider, in dem wir uns das wünschen –, Arbeitsverhältnisse ganz anders zu organisieren. Zumindest von der Richtung her geht es auch um Arbeitszeitverkürzung, bessere Entlohnung. Es ist außerdem – jedenfalls in den Diskussionen – so etwas dabei wie dieser Umbau, auch

durch die Zusammenarbeit von sozialen Organisationen mit gewerkschaftlichen Organisationen.

Zur Frage der Beteiligung, also grundsätzlich auch wie das Budget gemacht wird: es ist jetzt noch nicht die volle Partizipation und Selbstorganisation in dem Sinn, dass es eben Vertreter_innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind, die dort miteinander Dinge ausverhandeln, aber von der Idee und von den Vorhaben her geht es darum, wirklich auch Prozesse anzustoßen, dass einmal auf anderen Ebenen ebenso partizipative Budgets mit Bürger_innen-Beteiligung Realität werden. Zwei Dinge finde ich noch wichtig in der Frage der Beteiligung. Das eine sind die Methoden: Wie kann man sicherstellen, dass sich auch alle mit unterschiedlichen Möglichkeiten und vielleicht Beeinträchtigungen beteiligen können? Und eine andere Frage lautet: Wie finden wir Formen und Methoden, um dieses wahnsinnige Übergewicht, das Sprache und Rhetorik in diesen ganzen Aushandlungsprozessen haben, ein bisschen zu relativieren? Ich erkenne selbst auch aus eigenen Beteiligungsprojekten: Wenn man sprachlich nicht mithalten kann, dann tut man sich schwer, weil alles Verhandeln fast immer über die Sprache funktioniert. Ich glaube schon, dass da z. B. über die Forumtheaterprojekte, die wir mit InterACT machen, Wege gezeigt werden, sich über andere Methoden und Ausdrucksformen einzubringen. Und da geht es nicht nur darum, Leuten zu helfen, die sich nicht gut ausdrücken können, ich glaube, auch Leute wie ich, die Vielredner_innen, haben Chancen andere Zugänge zu finden und auch etwas zu lernen. Eine der großen offenen Fragen, die ich als zentral sehe, ist die Zeit. Meine Erfahrung ist, Selbstorganisation, Beteiligung, Aushandlungsprojekte brauchen Zeit. Daran kann man nicht rütteln. Da müssen wir also dranbleiben, wo wir uns diese Zeit sozusagen erkämpfen, und natürlich hängt das dann wieder zusammen mit den anderen Rahmenbedingungen wie Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, weil dann vielleicht auch mehr Raum und Zeit – jedenfalls sieht das meine Vision so vor – bleibt für diese Verhandlungsprozesse, die so notwendig sind.

Für die Schlussrunde möchte ich zwei Dinge herausgreifen. Eine Generalfrage an euch: Wie geht es weiter? – auch ein bisschen unter dem Motto „Let’s make a Commons World“, und zwei konkretere Fragestellungen, zum einen die Frage der Existenzsicherung und zum anderen die Frage nach den vorhandenen Spuren von Commons.

Brigitte Kratzwald: Die britische Ökonomin Hilary Wainwright hat ein dickes Buch geschrieben, das nennt sich „Reclaim The State“, und das heißt genau das: Wir schauen, wo können wir uns die bestehenden Institutionen aneignen und dort wieder mehr mitreden.

Ein Grundeinkommen kann den Aufbau von alternativen Formen wesentlich unterstützen, weil es uns freispielt von der Zeit her. Und vor allem ist da ein ganz wichtiger Aspekt: Heute ist es ja so, ich muss zuerst Geld haben, damit ich etwas zu essen kriege. Das heißt, ich muss zuerst arbeiten und zwar meistens etwas arbeiten, was ich nicht will, was keine gute Arbeit ist, was oft sogar schädlich ist, damit ich dann etwas essen kann, und in der Freizeit repariere ich dann die Schäden, die ich in meiner Lohnarbeit angerichtet habe. Aber Grundeinkommen heißt, ich bekomme zuerst Geld, damit ich meine Bedürfnisse befriedigen kann, und dann kann ich eigentlich erst gut arbeiten. Das ist die Idee, die auch in den Commons drinnen steckt. Eine kleine Einschränkung: „nur“ ein bedingungsloses Grundeinkommen – das wäre schon ein ganz riesengroßer Schritt – aber „nur“ ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte auch bedeuten, dass wir einfach als Konsument_innen wieder funktionsfähiger werden und dann alles beim Alten bleibt, weil wir uns eh wieder alles leisten können. Für mich wäre ein Grundeinkommen nicht nur eine finanzielle Forderung, sondern eher auch zu sagen: Energiegrundsicherung, wobei gleich die Frage eingebaut werden kann: Wie organisieren wir die Energieversorgung oder freie öffentliche Verkehrsmittel und zwar nicht nur für Menschen mit geringerem Einkommen? Solange wir solche Dinge machen, trennen wir, wir sagen, da sind die Armen, die dürfen gratis fahren, da sind die Reichen. Da haben wir immer wieder diesen Aspekt der Stigmatisierung, da muss ich mich erst als arm definieren. Und natürlich diese ganzen demokratischen Mechanismen, von denen wir gesprochen haben. Wenn wir das zusammen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen haben, dann haben wir die neue Welt schon fast erreicht. Jeder kann bei sich selber anfangen, im eigenen Leben die Fülle wahrzunehmen. Das mag manchen, denen es wirklich ganz dreckig geht, sehr zynisch erscheinen, da muss man, glaube ich, auch vorsichtig sein, es ist aber für mich ein Anknüpfungspunkt dazu, Betroffene mit einzubeziehen. Armut bedeutet eben auch Armut an Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten zu entfalten, über das eigene Leben zu bestimmen, und in diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, auch wirklich hinzuschauen: Wo nehmen denn Menschen, die

vielleicht wirklich ganz unten sind, ihre Selbstorganisation und Selbstbestimmungsmöglichkeiten wahr? Es ist auch eine Form von Commoning und Selbstorganisation, wenn Arbeitslose sich gegenseitig die Tipps weitergeben, wie man noch ein bisschen länger Arbeitslosengeld kriegen kann. Das hört man nicht so gerne. Genauso die Selbstorganisation von Migrant_innen, da heißt es dann, die bleiben immer in ihren Gruppen und wollen sich nicht integrieren. Genau diese Dinge wirklich wahrzunehmen und zu sehen, da gibt es ganz viel, die sind nicht so passiv, die sind aktiv und das alles sind Ansatzpunkte für Selbstermächtigung, das halte ich für einen wichtigen Punkt, wenn wir von Commons reden.

Ulrich Brand: Bedingungslose Grundsicherung oder Grundeinkommen heißt aus meiner Sicht auch Verantwortlichkeit. Verantwortlichkeit nicht im Sinne von, das musst du so und so machen, sondern Verantwortlichkeit für die Gesellschaft, für unsere Lebensbedingungen und Lebensmittel, die wir ja gemeinsam schaffen – die wir aber heute weitgehend, längst nicht ausschließlich, unter kapitalistischen Imperativen schaffen. Sonst werden die Menschen weiterhin in der Passivierung gelassen und das Grundeinkommen wird zu einer zu einfachen Formel – wenn wir das haben, müssen wir sonst nichts ändern. Das halte ich für verkürzt. Was sind denn die Bedingungen, die gesellschaftlichen Infrastrukturen, damit Menschen auch aktiv werden können? Welche Bildungs- und Arbeitsbedingungen, welche Formen der politischen Beteiligung herrschen vor? Das Grundeinkommen mag hier die Bedingungen verbessern, wenn Menschen frei sind von Zwang, jede noch so schlechte Erwerbsarbeit anzunehmen. Aber man kann es nicht dabei belassen.

Alban Knecht: Ich möchte noch einmal auf den Punkt Existenzsicherung und Daseinsvorsorge kommen. Die Maximalforderung wäre, dass Wohnen, Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit in den Händen der Gemeinschaft sind. Da sind wir natürlich noch nicht und solange wir da noch nicht sind, haben wir immer einen guten Grund zu sagen, wir wollen wenigstens über Steuern einen Anteil von dem als Gemeinschaft zurückhaben, was privatisiert worden ist, was nicht allen gehört. Das wäre etwas, wo man sofort ansetzen kann, um für höhere Steuern zu argumentieren. Eine solche Begründung kann auch ein gutes Argument sein für so etwas wie ein Bürger_innengeld. Eine Gemeinschaft hat

Werte geschaffen, hat Wissen geschaffen, hat Bildung geschaffen und ist dann auch berechtigt, sich einen Anteil von den Gewinnen der Nutzung dieser Werte zurückzufordern von Leuten, die das individuell privat vermarkten.

Ich wollte auch noch einmal kurz auf die Umverteilungsfrage eingehen. Es ist natürlich nicht gewährleistet, dass in Genossenschaften automatisch die Bedürfnisperspektive stärker im Vordergrund steht als bei anderen Organisationsformen. Aber in der Commons-Debatte ist schon angedacht, dass man stärker nach den Bedürfnissen schaut, dass also Umverteilung auch entsteht, weil man davon ausgeht, dass Menschen, die sich zusammen organisieren, dann auch schauen, wo die Bedarfe größer oder kleiner sind, wenn sie Leistungen verteilen.

Michaela Moser: Die meisten unserer Forderungen können erfüllt werden. Unsere Forderungen sind ja nicht Hirngespinnste, die unerfüllbar wären, sondern es fehlt am politischen Willen, sie umzusetzen.

Wie können wir diese Umsetzung vorantreiben? Wie können wir da noch wirkmächtiger werden? Ein Beitrag, den für mich diese Nischenprojekte leisten, ist schon, in vielen Bereichen anhand von konkreten Projekten auch immer wieder zu zeigen, es geht. Weil in dieser Umsetzungsfrage sehr oft eines der Totschlagargumente ist, es geht nicht. Sicher wird man noch an dem einen und anderen Rädchen drehen müssen und sich einiges überlegen müssen, um das dann im größeren Stil umzusetzen.

Ein Thema, das nicht nur uns, sondern viele Leute beschäftigt, ist, wie sich Demokratie überhaupt weiterentwickelt, wie wir gemeinsam diese Gesellschaft gestalten. Letztlich geht es ja immer um die Frage, wie wir miteinander leben wollen, und ich glaube, bei den Commons, beim Commoner sein, beim Sich-Kümmern geht es immer auch sehr stark darum, wie wir es so tun, dass es gut für alle ist.